

PRESSEMITTEILUNG

30.03.2022

Ungleichbehandlung ukrainischer Geflüchteter - Romani Rose wendet sich wegen antiziganistischer Vorfälle bei der Deutschen Bahn an den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Dr. Richard Lutz, und bittet um ein Gespräch.

Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, hat sich gestern wegen antiziganistischer Vorfälle bei der Deutschen Bahn mit einem Schreiben an den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Dr. Richard Lutz, gewendet und um ein persönliches Gespräch gebeten. Dieses soll gemeinsam mit dem neuen Beauftragten der Bundesregierung gegen Antiziganismus, Herrn Dr. Mehmet Daimagüler, stattfinden.

In der Nacht vom 23. auf den 24. März 2022 ist ukrainischen Geflüchteten von Mitarbeitern der DB-Sicherheit der Zugang zu den dafür vorgesehenen Räumlichkeiten der Deutschen Bahn am Mannheimer Hauptbahnhof verwehrt worden. Nach Aussage der Mitarbeiterin des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma sowie weiteren ehrenamtlichen Helfern vor Ort, wurden die Kriegsflüchtlinge von den Mitarbeitern der DB-Sicherheit auf Grund ihrer Zugehörigkeit zur Roma-Minderheit abgewiesen. Eine Mitarbeiterin des Sicherheitsdienstes schüchterte die schutzsuchenden Menschen mit einem mitgeführten Dobermann ein. Zur gleichen Zeit wurde anderen Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine unproblematisch der Zugang zu den Aufenthaltsräumen gewährt.

Dieses Vorgehen wurde damit begründet, dass sich in der Vergangenheit eine Gruppe Geflüchteter, die von den Mitarbeitern der DB-Sicherheit ebenfalls der Roma-Minderheit zugeordnet worden war, in den für ukrainische Kriegsflüchtlinge bereitgestellten Räumlichkeiten nicht angemessen verhalten habe. Aus diesem Grunde sollte auch der in der Nacht vom 23. auf den 24. März in Mannheim angekommenen Familie, die primär aus Frauen und kleinen Kindern bestand, und die sich nach Auskunft der ehrenamtlichen Helfer ruhig und unauffällig verhalten habe, der Zutritt zu den Aufenthaltsräumen verwehrt werden. Die Geflüchteten wurden daraufhin auf private Initiative in die Erstaufnahmestelle des Stadt Heidelberg verbracht, wo sie versorgt und sicher untergebracht werden konnten.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma hält diese Ungleichbehandlung bei der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine für völlig inakzeptabel. Darüber hinaus ist sie rechtswidrig, da sie gegen geltende Gleichbehandlungsgrundsätze verstößt. Ein ähnlicher Vorfall wurde vom Hauptbahnhof in Berlin berichtet. Der Zentralrat hat daher die

begründete Sorge, dass es sich hier nicht um einen Einzelfall handelt, sondern dass die Ungleichbehandlung von Geflüchteten durch Mitarbeiter der DB-Sicherheitsysteme hat.

Romani Rose bat in seinem Schreiben an den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG darum, die berichteten Vorfälle aufzuklären. Bei einem persönlichen Treffen möchte er darüber sprechen, wie die Deutsche Bahn zukünftig sicherstellen kann, dass sich solche diskriminierenden Vorfälle nicht wiederholen und dass allen Geflüchteten aus der Ukraine die gleiche Unterstützung zukommt.

Jara Kehl
Politische Referentin